

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Dresden 2640

Gelebt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Zeitungspreis bei  
Geschäftsbüro monatlich 10 M., durch weitere Wochenerfolge zu tragen. In der Stadt monatlich 10 M., auf dem Lande  
10 M., durch die Post bezogen vierzehntäglich 10 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie  
anderer Zusteller und Geschäftsführer nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder  
kriegerischer Bedrohungen hat der Verleger einen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzug des Bezugspreises.



Zielkundseite 10 M. für die 6 geöffneten Postämter über deren Raum, Reihen, die 2 spätere Postämter 10 M.  
Bei Überarbeitung und Jahresauszug entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur bis zum  
10. Die 2 geöffneten Postämter 10 M. Nachrichtenabgabe 50 Pf. Anzeigenanzeige bis vornehmlich  
10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Journal übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeig  
abdruck selbst, wenn der Beitrag durch Krieg eingespart werden muss oder der Auftraggeber in Standard gegr.

Erscheint seit

dem Jahre 1842

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Umtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats  
zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftsteller: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 219

Dienstag den 19. September 1922.

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Mittwoch den 20. September vormittags 9—1 Uhr

### Ausgabe der neuen Kohlengrundkarten und Bezugsscheine.

Die Kohlenkarten sind sofort bei dem auf der Grundkarte angegebenen Händler zur Anmeldung vorzulegen.

Wilsdruff, am 16. September 1922.

528

Der Stadtrat.

#### Kleine Zeitung für kluge Leser.

\* Die Eisenbahntarife sollen zum 1. Oktober und erneut zum 1. November deutlich erhöht werden, daß für Güter das 370fache, für Personen das 45fache der Friedenspreise gezahlt werden soll.

\* Der deutsche Reichstag wird am 17. Oktober seine Arbeiten wieder aufnehmen, der preußische Landtag am 27. September.

\* Die deutschen Eisenbahner forderten durch ihre Spartenorganisationen eine einmalige Teuerungszulage von 15.000 Mark.

\* Die Nachricht von einer bevorstehenden Umbildung des Kabinett Poincaré wird bestreitet.

\* Das Finanzkomitee der französischen Kammer hat beschlossen, Kredite für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Höhe von 300 Millionen Frank zu streichen.

\* Großbritannien hat in Amerika amtlich erklärten lassen, daß es bereit wäre, seine finanziellen Schulden an die Vereinigten Staaten zurückzuzahlen.

\* Der Brand von Smyrna bei drei Viertel der Stadt in Asche gelegt. 300.000 Personen sind obdachlos. Es droht eine Hungersnot.

zusammenbricht, wohl aber so, daß in ungezählten kleinen Einzeltrügöden ein Reich zur Auflösung kommt, dessen stolzer Bau uns für die Ewigkeit gegründet schien. Wer in die Kreise der Maler und Bildhauer, der Schauspieler und Schriftsteller eindringt, kann wird hinein jetzt oft gegangen bis ins tiefe erschüttert von den Tragöden, die sich dort abspielen — und wir suchen erst am Anfang dieser Entwicklung.

Wäre nicht die triste Selbstsucht unserer Tage so überwältigend am Werk, und ginge nicht die Aussaue, der furchtbaren Entwertung unseres Geldes rasch und entschieden Einhalt zu gebieten, über Menschenkräfte hinaus, man könnte noch hoffen, wenigstens das Aufrüsten von den geistigen Arbeiten fernhalten zu können. Aber ihre eigenen Sprecher und Sachwalter halten nicht länger mit der Überzeugung zurück, daß sie keine Möglichkeit für eine durchgreifende Hilfe mehr gegeben sehen, und was sie allenfalls noch zur Milderung dieses Elends, zu seiner Verlangsamung vorzuschlagen wissen, hat kaum die Bedeutung eines Tropfens auf einen heißen Stein. Ahnt das deutsche Volk, was hier auf dem Spiele steht?

#### Havensteins Londoner Verhandlungen

Stillschweigende kurze Frist für Deutschland.

h. Berlin, 16. September.

Die Verhandlungen des Reichsbahnpräsidenten Havenstein in London scheinen zum Abschluß einen Verlauf zu nehmen, der einige Aussicht auf ein Gelingen der Aktion bietet. Im wesentlichen sind die verbreiteten Nachrichten über die Verhandlungen Havensteins mit der Bank von England richtig. Man darf dabei nicht vergessen, daß diese Londoner Verhandlungen eigentlich eine rein geschäftliche Angelegenheit der Reichsbahn mit der Bank von England ist. Die Schlüsse ist so, daß Deutschland die Garantien für die Entlösung der Schatzwechsel an Belgien innerhalb 6 Monaten übernimmt, und daß damit die Forderungen der Reparationskommission grundsätzlich erfüllt wären. Da die Reichsbahn jedoch nicht in der Lage ist, diese Frist von sich aus innzuhalten, so muß sie sich selbst eine Rückenbedingung schaffen, und zu diesem Zweck ist Havenstein nach London gefahren. Gibt die Bank von England bzw. das von ihr geführte Konsortium auf den Vorschlag ein, dann ist einmal die Forderung Belgiens erfüllt und andererseits die Leistungsfähigkeit der deutschen Regierung nicht überspannt. Man glaubt nicht, daß sich in Paris gegen diese Lösung der Frage ein Widerstand gestellt machen wird. Bestimmte Anhaltspunkte zu den vielfältig verstreuten Kombinationen und Vermutungen lagen jedenfalls bis zum Abschluß nicht vor, es war alles in der Schwere.

In Berlin fanden jedenfalls vorläufig über die Reparationsfrage keine weiteren Beratungen statt, da man zunächst die Rückkehr Havensteins abwarten muß. Es verlautet, daß Havenstein in Gemeinschaft mit Sir John Bradbury am Montag von Lord George empfangen wird, so daß man zum Dienstag mit der Rückkehr Havensteins nach Berlin rechnet. Im übrigen besteht die Wahrscheinlichkeit, daß Reichsbahnpräsident von Havenstein nicht nur mit den Leitern der Bank von England, sondern auch mit anderen bedeutenden Finanzleitern Englands verhandelt wird, um ihnen die wirtschaftliche Lage Deutschlands darzulegen. Der deutsche Geschäftsführer in Brüssel, Dr. Laubenberg, hat dem belgischen Außenminister mitgeteilt, die deutsche Regierung werde alsbald ihre Antwort auf die belgische Garantieforderung erstellen. Aus Paris meldeten die dortigen Blätter, daß Deutschland stillschweigend eine Frist von einigen Tagen gewährt worden sei, um seine Entschließungen zu fassen.

#### Kleine Entente und Polen.

Geheimabkommen in Marienbad.

Am 31. August fand in Marienbad eine Zusammenkunft der Regierungsspitze der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Rumäniens und Polens statt. Dabei wurde nach zuverlässigen Mitteilungen ein Geheimabkommen unterzeichnet, das im wesentlichen folgendes bestimmt:

Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, gemeinschaftlich den Status quo im mittleren und östlichen Europa zu verteidigen. Jede Bedrohung durch eine oder mehrere fremde Mächte gegen eine oder mehrere der Parteien wird als eine Bedrohung der Gesamtheit dieser Mächte betrachtet werden. Über Schritte bei einer auswärtigen Macht soll jeder Vertragsschließende sich vorher mit den anderen Untergliedern verständigen, ebenso soll jede Beschwerde bei fremden Mächten durch alle unterstellt werden. Im Falle eines Krieges verpflichten sich die Parteien, sich gegenseitig mit allen Kräften zu unterstützen und ihren Generälisten sofort dementsprechende Weisungen zu geben.

Schließlich wird ausdrücklich bestimmt, daß das Abkommen nicht veröffentlicht werden darf.

#### England zahlt seine Schulden an Amerika

Ab 15. Oktober.

Das Schamant der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt, Großbritannien habe formell mitgeteilt, daß es ohne Rücksicht auf die europäische Lage seine gesamte Schulden an die Vereinigten Staaten zu zahlen beabsichtige. Die Zahlung würde am 15. Oktober, wo der halbjährliche Zinsbetrag in Höhe von 125 Millionen Dollar fällig ist, ihren Anfang nehmen. Die britische Kommission für die Schuldenfrage werde Ende dieses Monats in Washington ankommen und am 1. Oktober die Verhandlungen beginnen, die die Umwandlung der gegenwärtigen Schuldsscheine in langfristige Obligationen bezeichnen.

#### Gewaltige Erhöhung der Eisenbahntarife

Zum 1. Oktober und zum 1. November.

Der ständige Ausschuß des Reichsbahnrats beriet auf Einladung des Reichsverkehrsministers über die geplanten Tarif erhöhungen für Personen und Güter. Dabei lag ein Plan vor, daß die am 1. Oktober in Kraft tretende Erhöhung der Tarife für den Güter- wie auch für den Personenverkehr bereits am 1. November nochmals um 100 Prozent vermehrt werden soll.

Die am 1. Oktober in Kraft tretende Erhöhung beträgt für die Gütertarife 33 Prozent, für die Personentarife rund 50 Prozent. Am 1. November sollen nun diese so gestiegenen Tarife um weitere 100 Prozent erhöht werden. Das bedeutet eine 200prozentige Erhöhung der jetzt geltenden Personentarife.

Der Reichsverkehrsminister führt seinen Vorschlag auf die enorme Teuerung, die in der letzten Zeit bei allen Betriebsmaterialien, insbesondere bei der Kohle und dem Eisen, eingetreten ist. Die geltenden Tarife und die für den 1. Oktober in Aussicht genommenen Erhöhungen entsprechen den Zahlen für die hauptsächlichsten Ausgaben der Reichsbahn nicht im entferntesten.

#### Die Katastrophe von Smyrna.

300 000 Obdachlose.

Smyrna ist heute ein Ascheraußen. Die Feuerbrunst hat mindestens drei Viertel der Stadt zerstört. Mehr als 300 000 Personen sind ohne Obdach. Der Brand erlischt allmählich noch vollständiger Verbrennung des amerikanischen und des griechischen und der übrigen europäischen Viertels. Der finanzielle Verlust beträgt annähernd 200 Millionen Dollar, von denen ungefähr sechs Prozent amerikanisches Eigentum darstellen. Den Verlust an Menschenleben abzuschätzen, ist unmöglich. Von den Flüchtigen sind zahlreiche schwer verwundet. Die amerikanische Regierung hat eine amilie Aktion zur Unterstützung der Flüchtlinge aus Smyrna und anderen Kleinstädten eingeleitet. Es sind an den Admiral Bristol in Konstantinopel Besuchungen ergangen des Invalis, er möge sich mit den militärischen und Klosterbesitzern der anderen Entomäthe in Verbindung setzen und mit ihnen gemeinsam einen Aktionsplan erarbeiten. Hunderttausende sollen vor dem Hungerperiode sterben. Von türkischer Seite wird behauptet, Amerikaner hätten das Feuer angelegt, als sie sahen, daß der türkische Bormarisch nicht aufzuhalten war. Die letzten griechischen Abteilungen sind unter dem Schutz des Feuers der griechischen Kriegsschiffe eingekesselt worden. Der englische Admiral in Smyrna hat Nemal Pascha angelobt, daß er ihn für alle Attentate verantwortlich machen werde, die gegen englische Staatsangehörige begangen worden sind. Da der türkische Oberbefehlshaber einer Empfang des Admirals abschneidet, hat der Engländer Nemal Pascha in einem Schreiben davon in Kenntnis gesetzt, daß er unter Umständen bei Andauern der gegenwärtigen Orderung das türkische Stadtviertel in Smyrna bombardieren werde. Es sollen aber überhaupt keine Engländer in Smyrna umgekommen sein.

#### Die Neutralität der Meerenge.

Die diplomatischen Bemühungen der letzten Tage haben zu dem Ergebnis geführt, daß England, Frankreich und Italien über die Aufrechterhaltung der Neutralität der Meerenge einig sind. Eine gemeinsame Mitteilung der drei Regierungen in diesem Sinne ist an Nemal gerichtet worden. Die alliierten Regierungen bereiten ferner Verstärkungen vor, die nötigenfalls nach Konstantinopel entsandt werden sollen.

#### Türkische Friedensbedingungen.

Aus Konstantinopel wird eine Erklärung verbreitet, wonach die türkische Nation bereit sei, einen Wasserschutz-

Stand unter folgenden Bedingungen zu gewahren: Räumung aller vom Feind besetzten Gebiete und bedingungslose Auslieferung von Besatzung, Munition und Verpflegung. Anerkennung der uneingeschränkten färtlichen Oberhoheit über Kleinostien und Thrazien und Verzicht auf alle Ansprüche auf diese Gebiete. Wiedergutmachung aller Schäden und Erfüllung aller Ausgaben, die die Türken bisher hatten, Auslieferung aller derjenigen an die Nationalversammlung, die sich während der Besetzung Gränsenreiten haben zuschulden kommen lassen.

## Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Güterklasse	16. 9. neuheit ausch.	15. 9. neuheit angeb.	Stand 1. 8. 14
Holland 100 Gulden	57123,50	57271,50	55420,30
Dänemark 100 Kronen	31360,00	31430,25	30851,60
Schweden 100 Kronen	39051,10	30143,90	39329,10
Norwegen 100 Kronen	24818,90	24881,10	21119,80
Spanien 100 Pesetas	27565,10	27784,90	27255,80
Ungarn 1 Dollar	1485,68	1489,18	1458,17
England 1 Pfund	6540,90	6553,20	6441,90
Frankreich 100 Francs	11285,20	11314,10	11078,20
Belgien 100 Francs	10681,60	10688,80	10481,00
Italien 100 Lire	8317,05	8332,93	8167,25
W. Österreich 100 Schillen	2,02	2,07	1,95
Ungarn 100 Kronen	59,92	60,08	58,92
Czecoslowakien 100 Kronen	4744,05	4755,95	4834,10
Berlin, 16. September. Stand der Warenmarkt: 21,50 M.			

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Deutsch-polnisches Abkommen über Sozialversicherung.

In Katowitz wurde ein polisch-deutsches Abkommen zur Ausführung der Bestimmungen der Genfer Konvention über die Sozialversicherung abgeschlossen. Das Abkommen ist namens der deutschen Regierung vom Gesandten Dr. Escher und dem Polizeipräsidenten Dr. Schwendt für Polen vom Botschafter Seyda unterzeichnet worden.

Direkter deutsch-russischer Eisenbahnverkehr.

Dem Rat der Börsenkommisare in Breslau ist ein eingehender Plan über die Grundlagen des künftigen deutsch-russischen Eisenbahnverkehrs vorgelegt worden, der in seinen Grundzügen bereits auf der Stownoer Märk-Konferenz, an der sich Vertreter Deutschlands, Russlands, Litauens und Lettlands beteiligten, ausgearbeitet worden ist. Gleichzeitig mit dem Verkehrsplan steht ein Vertrag zur Beratung, der die Teilnahme Litauens, Lettlands und Estlands an dem deutsch-russischen Durchgangsverkehr sicherstellt und mit dem sich die genannten Staaten auf der Juni-Konferenz von Riga einverstanden erklärt haben. Zustand und Umlagegetreide.

Der Ernährungsausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit einem Arbeitsbericht aus der Landwirtschaft, von der Umlage das Originalsaatgut und, wie im Vorjahr, die erste und zweite anerkannte Auslaat freigaben. Die Regierung wie auch die Vertreter der Arbeitnehmer und Verbraucher widersprachen, der Antrag wurde jedoch angenommen.

Die Not der Veteranen.

Die 21. Vertreterversammlung des Deutschen Reichs-riegerbundes „Kriegerhäuser“, die Vertretung von 30 000 Vereinen und 2½ Millionen ehemaliger Soldaten, hat an die Reichsregierung wiederum die dringende Bitte gerichtet, sich ernst der beispiellosen Not, die durch die außerordentliche Entwertung der Mark besonders in den Kreisen der durchweg im Greisenalter stehenden Veteranen herrscht, zu erinnern. Die Vertreterversammlung fordert dringend eine sofortige erhebliche Erhöhung der Teuerungszulagen der Kriegsteilnehmerverbände.

### Deutsch-Ostreich.

× Beabsichtigte Besoldungsordnung für Beamte. Infolge der intensiven Wirksame des Bundesgesetzes

über die Regelung der Besoldungsverhältnisse der Bundesangestellten auf die finanzielle Lage des Staates beabsichtigt die Regierung, eine Rente zu diesem Bundesgesetz einzubringen. Es wird darin vorgeschlagen, für den laufenden Monat den Index zum letzten Male voll anzustellen. In Zukunft sollen nach einer Erhöhung der Indexziffer nur 50 Prozent zugestanden werden, während bei fallendem Index der ganze Betrag in Abzug gebracht werden soll. Bisher muss auch die Erhöhung jedesmal nach dem Steigen der Teuerungs-Index-Ziffer stattfinden.

### Japan.

× Russisch-japanisches Handelsabkommen. Bei einer Zusammenkunft kam es zu einem Kompromiss zwischen Japanern und Russen, die übereinkamen, über ein Handelsabkommen zu beraten, dessen Tragweite sich nur auf die Fragen des Fernen Ostens beschränken soll. Man nimmt an, dass nach Abschluss dieses Abkommens über ein weiteres russisch-japanisches Handelsabkommen beraten werden soll.

### Rath und Fern.

○ Ein neuer deutscher Zugzug. Zum erstenmal seit dem Kriege hat die deutsche Reichsbahnverwaltung den Wettbewerb mit dem Autobahnen zwischen England und Süddeutschland über Frankreich aufgenommen; der Orientexpress legt die Strecke von London über Paris nach München in 26 Stunden 40 Minuten zurück, während der neue deutsche Expresszug London-Holzland-München 26 Stunden 38 Minuten braucht. Die Fahrt in dem deutschen Zugzug, der zunächst nur einmal in der Woche fährt, ist um 4000 Mark billiger als in dem Orientexpress.

○ Ein neues Kanti-Grabmal. Die Stadtordnungsversammlung in Königsberg i. Pr. stimmt dem Vorschlag des Magistrats zu, eine Stiftung von 300 000 Mark zur Herstellung einer würdigen Kanti-Grabstätte anzunehmen, die Gedächtnis-Kanti an ihrer Ruhestätte zu lassen und darüber ein neues Grabmal zu errichten. Ein Wettbewerb zur Erlangung eines geeigneten Entwurfs soll ausgeführt werden.

○ Erbohrung einer Gasquelle. Bei einer Brunnenbohrung im Wiesengelände der Erziehungsanstalt Johannisburg bei Osnabrück wurde in fünf Meter Tiefe eine Gasquelle erbohrt. Das Gas, das der Grenze zwischen Dorf und Land entflammt, brannte in der ersten Zeit mit 60 Zentimeter hoher Flamme; es hat jetzt aber nachgelassen. Offenbar handelt es sich um Sumpfgas.

○ Schweres Automobilunglück. In der Nähe von Neuwied verunglückte durch Rutschschaden auf der Straße der Kraftwagen des Fabrikbesitzers Bott aus Gräfenthal bei Solingen. Der misstrauische Fabrikant Hugo Winter aus Neuwied war sofort tot. Ein Fräulein Schnürl aus Neuwied erlitt schwere Verletzungen, an denen sie im Krankenhaus starb.

○ Eisenbahnunglück. Aus Oppeln wird gemeldet: Eine von Jawadzki kommende Motorräder stieß im Bahnhof Borsowka mit einer Rangierlokomotive zusammen. Hierbei wurde ein Werkstattvorsteher getötet, ein Motor- und ein Hfsomotorfahrer wurden schwer verletzt.

○ Das Ende der Gerichtsgerüste. Die Gerichtsgerüste haben ihr Ende erreicht, und der regelmäßige Geschäftsgang hat bei den Zivil- und Strafgerichten wieder seinen Anfang genommen. Bei den Strafgerichten werden die Schwur- und Schöffengerichte vorläufig noch das alte gewohnte Bild bieten. Bekanntlich sind die Frauen jetzt gleich als Schöffen und Geschworene zugelassen worden. Ihr Eingang wird jedoch in diesem Jahre noch nicht erfolgen können, da die Wahl der weiblichen Schöffen und Geschworenen wegen der notwendigen und umfangreichen Vorbereitungen bisher noch nicht stattfinden konnte.

○ Die Not der Presse forderte in Köln ein neues Opfer. Nachdem schon zwei Tageszeitungen ihr zweitältestes Exemplar einfressen mussten, wird auch das Kölner Tageblatt, das demokratische Organ, vom 1. Oktober an nur noch einmal erscheinen.

○ Vier Rentner russische Silbermünzen beschlagnahmt. Der Staatsanwaltschaft in Breslau gelang es, einem ungarnischen Schlossherrn mit russischen Silbermünzen auf die Spur zu kommen. Vor einiger Zeit war in Breslau von einer Frau Wahrmann ein Bankgeschäft eingerichtet

weiszogt hatte sie ihm zugehört; denn ihr Herz gehörte ihm schon lange, und sie liebte ihn mit der Einfachheit und Schwärmerei, deren ein neunzehnjähriges Mädchenherz überhaupt nur fähig ist.

Sie war glücklich und zufrieden, wenn sie ihn gesehen und gesprochen hatte!

Au die Zukunft dachten beide nicht. Sie waren ja noch so jung, und vorläufig genügte beiden das Bewußtsein ihrer Liebe.

„Du, Herzzele, ich möcht' dir was anvertrauen,“ sagte Lucian da, „mußt mich aber nicht auslachen!“

„Wie werd' ich, Lucian! Schnell, sag mir —“ und strafend blickten ihn ihre dunklen Augen an.

„Also höre, mein goldenes Mädel, ich bin halt dabei ein Schauspiel zu schreiben —“

Sie sah einen Augenblick lang sehr erschrocken aus, schaute die Tasse wieder hin, aus der sie soeben trinken wollte, und drückte dann in ein herzliches Lachen aus.

Er war sehr geträumt darüber.

„Du lachen gib's da nicht —“

„Verzeihung, liebster Lucian, ich hatte es nicht böse gemeint,“ lenkte sie ein. „Es schien mir nur so unglaublich, daß du ein Schauspiel —“

„Und warum nicht? Warum soll ich das nicht können? Hättst mich wohl gar für zu dummkopfhaft gehalten.“

Er verneigte sich vor dieser, die ihm ihre große Freude ausdrückte, endlich einmal Gelegenheit zu haben, den großen Künstler lernen zu können, der sie so oft durch sein leidenschaftliches Spiel entzückt hatte.

Etwas verwundert sah Edith auf ihre Kusine, die ungemein liebenswürdig war. Sie hatte aus einem viel Zeit und redete unaufhörlich auf Waldow ein. Auch war sie sehr erstaunt, zu hören, daß Edith so gut bekannt war mit ihm dadurch, daß er bei deren Eltern wohnte.

„Davon hast du mir ja gar nichts gesagt! Aber freilich, wer sich so selten macht, wie du, Edith, da weiß man kaum mehr, noch zu euch zu kommen,“ meinte sie im Laufe des Gesprächs.

„Ich habe ja immer zu tun, Martha. Bei mir ist jede Stunde berechnet. Es ist kein böser Wille von meiner Seite. Du dagegen hast viel mehr Zeit als ich,“ entgegnete Edith, sehr erstaunt über Marthas Liebenswürdigkeit.

Und als sie sich trennen, mußte sie Martha sich versprechen, sie in den nächsten Tagen zu besuchen.

(Fortsetzung folgt.)

worden, das in reger Verbindung mit einem gleichartigen Berliner Institut stand, dessen Inhaber der Chemiker der Frau war. Es wurden in Beuthen von Mittelpersonen für das Bankhaus Besände von russischem Silbergeld aufgekauft. Bwar lieferte das Bankhaus einen Teil des Silbers an die Reichsbank ab, doch besteht der dringende Verdacht, daß der größte Teil des Geldes nach dem Ausland verschoben wurde. Bei einer polizeilichen Durchsuchung der Räume gelang es, vier Rentner und 16 Pfund russisches Silbergeld zu beschlagnahmen. Die zunächst verhaftete Geschäftsinhaberin wurde vorläufig gegen eine Kavallerie von einer Million Mark freigelassen.

○ Motorloser Flug in Frankreich. Wie aus Bagnoles gemeldet wird, hat der französische Flieger Bonnot auf einem motorlosen Flugzeug einen Flug von 20 Minuten 31 Sekunden ausgeführt, was einen französischen Weltrekord darstellt.

○ Trotz als Dramatiker. Ein finnisches Blatt berichtet aus Moskau, daß Trotzki ein Drama „Die beiden Welten“ bearbeitet habe; es soll demnächst in einem Moskauer Theater zur Aufführung gelangen.

○ Schätzungen mit Inlandszucker. Das Hamburger Wocheramt beschlagnahmte in der Eidelstedter Mühle für 400 000 Mark Zucker, der dort als Inlandszucker eingeführt und als Auslandszucker zu erheblich höheren Preisen vertrieben wurde. Die beschlagnahmte Ware ist der Reihe eines großen Lagerhauses, das bereits an Kleinhändler in Posen bis zu 10 Rentnern abgegeben wurde. Ein Strafverfahren ist eingeleitet.

○ Shakespears Schiff zurückgekehrt. Das Expeditions-schiff „Ouey“, mit dem der verstorbene Sir Ernest Shackleton seine Südpolexpedition unternommen hatte, ist jetzt nach Plymouth zurückgekehrt.

## Neueste Meldungen.

### Not- und Protestzeitung.

Köln. Die im Verein Südwesdeutscher Zeitungsverleger zusammengeschlossenen badisch-pfälzischen Zeitungsverleger haben einwilling beschlossen, ab Oktober vorerst einmal wöchentlich eine zweitelige Not- und Protestzeitung herauszugeben und behielten sich vor, eventuell zu noch härteren Maßnahmen zu greifen.

Deutsch-polnische Meinungsverschiedenheiten über die Grenzfeststellung. Breslau. In der letzten Sitzung der Oberschlesischen Grenzfeststellungscommission wurde von der deutschen Seite dringend verlangt, den polnischen Korridor bei Radomir zu befreien, um eine direkte Verbindung von Hindenburg nach Breslau herzustellen. Die Polen lehnen einen Versuch aus den Korridor zurück ab, verlangen sogar breiteren Rückzug des Korridors. Sie verlangen, daß die Grenze bis an das neu geschaffene Bezirksschulzamt Radomir vorgeschoben wird, trotzdem das Angriffsrecht Radomir R. nur von 2 polnischen und 7 deutschen Schülern belegt wird.

Amerikanische Millionenkredit für Österreich?

Wien. Im „Neuen Wiener Journal“ erläutert das Mitglied des amerikanischen Oberbaus, Senator James Hamilton Lewis, er sei informiert worden, daß Amerika in etwa vier Wochen Österreich einen vertragbaren Kredit im Mindestmaß von 17 Millionen Dollar anbieten werde. Amerika werde unter Bezugnahme auf die entsprechenden Feststellungen des Börsenbundes die Vereinigungen amerikanischer Finanzleute, die sich mit der österreichischen Kreditfrage beschäftigen, ermächtigen, diesen Kredit flüssig zu machen. Von anderer Seite ist diese Meldung bisher nicht bestätigt.

Bulgarien gegen die Wrangel-Offiziere.

Sofia. Die bulgarische Regierung hat eine strenge Untersuchung der Verbrechens innerhalb der Wrangel-Armee gegen das Kabinett Sandulinski angeordnet. In Tarnovo wurden von den bulgarischen Behörden 20 russische Offiziere mit ihren Familien verhaftet, aber später auf Befehl aus Sofia wieder freigelassen. Dagegen haben 30 Stabsoffiziere der Wrangel-Armee einen Ausweisungsbefehl erhalten, der ihnen aufgibt, Bulgarien innerhalb dreier Tage zu verlassen.

Canadianische Weizenverschiffungen nach Europa.

Montreal. Seit Eröffnung der Schiffsahrtperiode im April sind im Hafen von Montreal 50 000 Bushels Weizen nach Europa zur Verschiffung gelangt. Die Getreideverschiffungen des Jahres 1921 betragen 138 428 930 Bushels. Es wird erwartet, daß die Verschiffungen dieses Jahres die der letzten Periode um viele Millionen Bushels überschreiten.

auch mit leben! Und ich hab' manchmal so 'ne unselige Schnüre nach dir, nach einem eigenen Heim! hold erträumt jenseit Edith den Kopf. Es war' so schön gewesen!

Leise seufzte sie.

„Ah ja, Lucian, das Geld, das dumme Geld, das wir nicht haben!“

„Ja, ja, Armut macht nit glücklich, und Reichtum schändet nit! Na, gräm' dich nit, Mädel; 's wird noch alles gut! Geb, ich kann dich nit traurig sehen! Deine lieben Güterln müssen immer lachen — weg mit den alten Schatten aus deinem lieben Gesichtel.“

Er sprach leise über ihre weiße Wangen.

Er schreit weinte sie ihm und blieb sich scheu um.

„Lucian!“

Es wurde Zeit zum gehen. Der junge Künstler beglich die kleine Treppe und kehrte sich noch ein Stück hinunter zu eindücken, die Edith so gern an. Er wollte ihr den Kuchen heute abend noch als Gutenachtgruß bringen.

Edith wartete mitseitweise auf der Straße auf ihn. Als er zu ihr trat, war sie gerade im Gespräch mit einer Dame, die ihn ungeniert musterte.

„Ah, Herr Waldow,“ jagte Edith, da sind Sie ja! Darf ich Sie mit meiner Kusine Fräulein Hildebrandt bekannt machen?“

Er verneigte sich vor dieser, die ihm ihre große Freude ausdrückte, endlich einmal Gelegenheit zu haben, den großen Künstler lernen zu können, der sie so oft durch sein leidenschaftliches Spiel entzückt hatte.

Etwas verwundert sah Edith auf ihre Kusine, die ungemein liebenswürdig war. Sie hatte aus einem viel Zeit und redete unaufhörlich auf Waldow ein. Auch war sie sehr erstaunt, zu hören, daß Edith so gut bekannt war mit ihm dadurch, daß er bei deren Eltern wohnte.

„Davon hast du mir ja gar nichts gesagt! Aber freilich, wer sich so selten macht, wie du, Edith, da weiß man kaum mehr, noch zu euch zu kommen,“ meinte sie im Laufe des Gesprächs.

„Ich habe ja immer zu tun, Martha. Bei mir ist jede Stunde berechnet. Es ist kein böser Wille von meiner Seite. Du dagegen hast viel mehr Zeit als ich,“ entgegnete Edith, sehr erstaunt über Marthas Liebenswürdigkeit.

Und als sie sich trennen, mußte sie Martha sich versprechen, sie in den nächsten Tagen zu bes

## Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen

am 11. September 1922 in Lommatzsch.

Die heute im blumengeschmückten Sitzungssaal des Rathauses zu Lommatzsch abgehaltene Sitzung des Bezirksausschusses eröffnete Amtshauptmann Dr. Sievert mit Worten des Dankes an den Stadtrat zu Lommatzsch und insbesondere an Herrn Bürgermeister Benndorf für die Ermöglichung der Sitzung in Lommatzsch, für die gastfreundliche Aufnahme und für alle Mühe, die mit der Vorbereitung der Sitzung und dem Abschluß an sie in Aussicht genommenen Besichtigung einiger industrieller Unternehmungen und Seehandelswürdigkeiten in Lommatzsch verbracht gewesen seien. Bürgermeister Benndorf entbot dem Bezirksausschuß einen Willkommensgruß und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der seit langerem gehegte Plan, den Bezirksausschuß einmal in Lommatzsch stattfinden zu lassen, nun zur Ausführung gelange. Er hoffte, daß sich der Bezirksausschuß bei seiner Tagung in Lommatzsch ebenso wohl fühlen möchte, wie in den von ihm bisher besuchten Gemeinden des Bezirks, befände er sich doch hier auf altem geschilderter Boden, und habe die Stadt Lommatzsch ja unter den Schwesternstädten einen guten Rang. Unternehmertum habe die Industrie zu großer Blüte gebracht. Der Besuch der Amtshauptmannschaft und des Bezirksausschusses würde dazu beitragen, die schon bestehenden angenehmen Geschäftsbeziehungen zwischen Stadt und Land noch mehr zu befestigen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtete Amtshauptmann Dr. Sievert zunächst über ein Gefühl des „Rheinlanddankes“ um Gewährung einer Unterstützung aus Bezirksmitteln. Die landsmannschaftlichen Verbände des Rheinlandes und des Saargebietes haben sich mit führenden Wohlfahrtsverbänden zusammen geschlossen, um der großen Notlage der Rhein- und Saarländer, besonders auch auf sozialitalm Gebiete (Erziehung der Altersheim, Kinderheime, Studenten und Schülerberbergen usw.) durch eine taatliche Fürsorge abzuhelfen. Diese Vereinigung habe sich in einer Deutscherl an die Bezirksverbände gewendet und bitte, für den „Rheinlanddank“ zu werben und ihn zu unterstützen. Die Leiden der Bevölkerung im Saargebiete und im Rheinland seien bekannt und zweifellos groß, sie würden von allen Deutschen mit empfunden. Der Verband der Bezirksverbände habe zur Frage der Unterstützung der Sammlung „Rheinlanddank“ auch seinerseits Stellung genommen und empfiehlt sie nach Einernahme mit dem Vorstand Preußischer Landtage und mit dem Volkswohlfahrtsträger. Die Sammlung „Rheinlanddank“ diene Kulturausbau im besten rheinischen Gebiete, vor allem der deutlichen Abwehrarbeit gegenüber den Brandenburgabteilungen. Der Amtshauptmann bedächtigte, zunächst durch Mitteilung an die Presse weitere Kreise auf das Unternehmen aufmerksam zu machen und auch an die Gemeinden wegen Veranstaltung von Sammlungen heranzutreten. Der von ihm weiter zur Ausprache gestellte Frage, ob etwa auch der Bezirk von seiner Seite aus einen Beitrag für die Sammlung „Rheinlanddank“ gewähren wolle, äußerte sich Bürgermeister Benndorf dabei, daß grundsätzliche Bedenken bestünden, Unterstützungen aus Bezirksmitteln für Zwecke außerhalb des Bezirks zu bewilligen. Gutsbesitzer Schreiber holte sich diesen Bedenken an und wünschte, daß ein anderer Weg gefunden werden möchte, das Unternehmen zu fördern. Vielleicht könnten größere Vereinigungen, z. B. das Rote Kreuz, Sammlungen veranstalten. Der Bezirksausschuß verneinte jedoch die Bedenken nicht zu verschließen und erlaubte die Amtshauptmannschaft zunächst eine allgemeine Sammlung in allen Gemeinden des Landes an übergeordneter Stelle anzutreten.

Weiter gab der Amtshauptmann bekannt, daß das Finanzministerium nach einer Mitteilung des Straßen- u. Wasserbauamtes Meißen eine gutachtlche Ausprache darüber verlangte, ob die Zertifikationsabschlüsse der Amtsstraßenmeister mit Rücksicht auf den liegenden Kostenaufwand beibehalten werden könnten. Dabei sei die Frage gestellt worden, ob der Bezirk einen weiteren Teil der Kosten übernehmen wolle. Diese Frage müsse vernichtet werden, da der Bezirk sein Interesse schon dadurch bestanden habe, daß er bereits die Kosten des Betriebsvertrags für den Amtstraßenmeister bezahlt habe. Dafür ist ein großer rechtsbürokratischer Aufwand nötig, während der Bezirk nur ganz gering beteiligt sei. Deshalb könne vom Staat erwartet werden, daß er auch künftig wenigstens die Hälfte der Kosten trage. Gemeindewortstand Glöckner schloß sich den Ausführungen des Amtshauptmanns an und bestreitete es als „Sparsamkeit am falschen Platze“, wenn etwas am Kostenaufwand für die Zertifikationsabschluß des Amtstraßenmeisters gehabt werden sollte. Aufwand für Schreibware, Papier, Post und Umlagen würde dann in viel größerem Umfang auftreten und die Staatskasse mehr belasten, als die anderen Kosten für die Zertifikationsabschluß. Der Bezirksausschuß holte sich dem an und lehnte eine weitere Übernahme der Kosten für die Zertifikationsabschluß für das Amtstraßenmeister ab.

Der Bezirksausschuß genehmigte hierauf die Wahl des Sparobligoatess Nöther in Wilsdruff zum Gemeindewortstand von Schartenberg und beschloß, seine Berufungsfähigkeit auszuweisen.

Amtshauptmann Dr. Sievert machte sodann auf Grund eines Schreibens der Eisenbahngeneraldirektion als sachliche Kraftwagenverwaltung die Mitteilung, daß auf der staatlichen Kraftwagenlinie Meißen-Lommatzsch für Mitte September die Betriebeinstellung beabsichtigt sei, so daß die Betriebsergebnisse der Linie in letzter Zeit immer ungünstiger geworden seien. Die Betriebsausgaben seien im August infolge der Geldentwertung und allgemeinen Teuerungsverhältnisse auf 47 Mark für einen Wagentometer emporgezogen, so daß mit einer weiteren Steigerung der sozialen Betriebszuschüsse gerechnet werden müsse. Die Anfang Juli vorgenommene vorläufige Erhöhung der Fahrpreise habe nach der Mitteilung der Eisenbahngeneraldirektion bei der Linie Meißen-Lommatzsch nur eine 15prozentige Erhöhung der Einnahmen gebracht, wobei man sich wesentlich auf die Zulage für Schreibware, Papier, Post und Umlagen wünscht, während gegen die beabsichtigte Erhöhung der Verkehrsabfertigung nur Holz gebraucht. Der Amtshauptmann erklärte, daß die Städte Meißen und Lommatzsch wie alle beteiligten Gemeinden des Bezirks durch eine Einstellung der Kraftwagenlinie Meißen-Lommatzsch außerordentlich hart betroffen würden, und schlug vor, bei der Eisenbahngeneraldirektion von Bezirksausschuß vorstellig zu werden. Gutsbesitzer Schreiber gab in der Ausprache zunächst seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß die Entscheidung der Eisenbahngeneraldirektion so unvermittelte an die Amtshauptmannschaft und die Bezirksvertretung komme. Er sei von beteiligten Kreisen besonders beansprucht worden, sich für eine weitere Aufrechterhaltung der Verkehrsverbindung einzutragen, die aufzuheben sehr um so bedauerlicher sei, weil die Personenbeförderung auf die die Gemeinden bei einer Einstellung der Kraftwagenlinie angewiesen seien, in Kürze aufzuhören werde. Er bat auch seinerseits, gegen die Entscheidung der Kraftwagenverwaltung vorstellig zu werden. Soviel ihm bekannt sei, habe die Kraftwagenverwaltung in anderen Kreisen an Vorstellungen von ihr Entwickelung geändert. Bürgermeister Benndorf hinnahm diezen Ausführungen w. Auch er habe erwartet, daß sich die Eisenbahngeneraldirektion mit den beteiligten Gemeinden in Verbindung setzen würde, bevor die endgültige Entscheidung falle. Der Verkehrsvertrag sei wohl mit Rücksichtnahme, daß die Fahrpreise gegenüber der Erhöhung der Eisenbahnfahrt um das Vielfache steigen seien und daß die Betriebszusätze gerade in diesem Jahre besonders lange Erhöhung gefallen ist, in einer Benutzung der Kraftwagenlinie naturnahmlich habe zurückzugehen müssen, da für sie jenseit die ländliche Bevölkerung in Frage kommt. Der Bezirksausschuß beschloß, nach dem gemachten Vorbringe darüber vorstellig zu werden, daß der Betrieb der Kraftwagenlinie unbedingt aufrecht erhalten bleibe.

Von Bezirksausschuß verlangte jedoch ein erwartetes Urteil des Zentralverbandes der Arbeits-Za-

valde des Deutschen, Ortsgruppe Meißen, um Gewährung von Unterstützungen aus Bezirksmitteln zur Belastung von Lebensmitteln, insbesondere Kartoffeln, Brotbildung und Getreidematerial. Amtshauptmann Dr. Sievert wies zunächst auf die liegende Notlage der Sozial- und Kleinrentner hin. Im Dezember v. J. habe bekanntlich der Bezirksausschuß für sie einen Betrag von 300 000 M. bewilligt und zur Auszahlung gebracht. Wenn heute wieder geboten werden sollte, würde das Vielfache dieses Betrages nötig sein. Im Weißer Bezirk gebe es gegenwärtig 1855 Sozialrentner und 857 bedürftige Kleinrentner, also zusammen 2712 Rentner. Das Reich habe den Sozialrentnern jetzt ein Gesamtjahres-einkommen zugestrichen in Höhe von 7200 Mark an Alters- und Invalidenrente, von 7500 M. an Witwen- oder Witwrentner, und von 3200 M. an Waisenrente. Diese Renten würden demnächst von Reichswegen weiter erhöht werden. Wie aus den Zeitungen bekannt geworden sei, habe die Reichsregierung hierfür eine Milliarde M. in Aussicht genommen. Auch für die Kleinrentner sei eine neue Hilfsaktion im Gange. Das Reich wolle für sie ½ Milliarde zur Verfügung stellen, und zwar unter der Bedingung, daß sie die Länder und die Gemeinden mit einem gleichen Betrage an der Kleinrentner Hilfe beteiligen. Bei der ausnahmslosen Finanzlage der Gemeinden würden die Bezirke die durch die Kleinrentnerhilfe an sie den Gemeinden obliegenden Lasten zum größten Teil auf ihre Schultern nehmen müssen. Wie hoch sich diese Lasten stellen würden, lasse sich augenblicklich noch nicht übersehen. Der Weißer Bezirk werde wohl mit annähernd einer Million Mark rechnen können. Seit auch zuvergeben, daß die Lage der Sozialrentner trotz der vom Reich gewährleisteten Gesamtjahres-einkommen und der von ihm bis zu deren Höhe gewährten Zuflüsse noch immer dringend hilfsbedürftig sei, so müsse doch die Not der Kleinrentner, denen nicht das Gesamtjahres-einkommen der Sozialrentner gewährt sei, die vielmehr durchgehend ein weit darunter liegendes Einkommen, zum großen Teil weniger als jährlich 1500–2000 M. hätten, als noch dringender angezeigt werden. Angesichts der hohen Lasten, die dem Bezirk durch die bevorstehende Hilfsaktion für die Kleinrentner, über die Einzelheiten vom Ministerium in allerdringlicher Zeit bekanntgegeben werden würden, und angesichts der sonstigen hohen Ansprungan den Geldbedarfs sei die Frage aufzutragen, ob die Erhöhung auf das Gefüge der Sozialrentner nicht noch die kurze Spanne Zeit präpariert werden möchte, bis Näheres über den Umgang der durch die Kleinrentner erwachsenen Lasten bekannt sei, damit man dann hinsichtlich der Sozial- und Kleinrentner einschließlich vorgehen könne. In der Aussprache verwendete sich zunächst Gutsbesitzer Schreiber für das vorliegende Gefühl. Seinen Ausführungen folgte sich Geschäftsführer Trepte an. Letzterer glaubte, daß in der angegebenen Zahl der Kleinrentner sich auch solche befinden, die Auszugsrechte besitzen und daher nicht im vollen Umfang unterhaltungsbefähigt seien. Ferner sei ihm zu Ohren gekommen, daß bei Lebensmittelverteilungen nur die Kleinrentner, nicht auch die Sozialrentner bedacht werden sollen. Zur Auflösung führte Amtshauptmann Dr. Sievert an, daß die Zahl der bedürftigen Kleinrentner nach den ministeriellen Richtlinien erfaßt worden sei. Auch seien die bisherigen Beurteilungen nicht allenthalben in gleicher Höhe, sondern in Abstufungen von 50–300 M. je nach der Bedürftigkeit des Empfängers, gewährt worden. In Lebensmitteln sei in letzter Zeit nur einmal Jeder verteilt worden. Daß dabei nur Kleinrentner bedacht werden seien, liege daran, daß der Jeder vom Reich bzw. Land ausdrücklich nur zur Verteilung an die Kleinrentner bestimmt worden sei. An die Anordnungen der Reichs- und Landesregierung sei aber die Amtshauptmannschaft gebunden. Gutsbesitzer Schreiber holt sich die Sozial- und Kleinrentner auch für dringend notwendig und empfahl die Bildung eines engeren Ausschusses, der sich mit der Frage der Hilfsaktion näher zu beschäftigen habe, um Gemeindevertretern und anderen abzuhelfen. Gemeindevertretern wurde die Vorschläge zu und erläuterte auch seinerseits, daß etwas geben werden müsse. Der engeren Ausschüsse könne Vorschläge machen, welche Zelle als demigedt zunächst zu berücksichtigen seien. Gemeindewortstand Glöckner benötigte noch die Ausführungen des Amtshauptmanns, daß mit einem Jeder gesondert an Kleinrentner verteilt werden sei, weil von Reichs wegen angeordnet worden war, daß lediglich die Kleinrentner zu bedenken seien. Die Bedürftigkeit der vom Amtshauptmann angegebenen Kleinrentner sei erwiesen. In der Hand eines eingehenden Fragebogens seien die Verhältnisse der Einzelnen erläutert und ordnungsbedürftig nachgeprüft worden. Der Bezirksausschuß beschloß darauf die vorgeschlagene Einleitung eines Hilfsausschusses und wählte in ihm außer dem Amtshauptmann Gemeindewortstand Glöckner und Geschäftsführer Schreiber.

Für den Ausdruck zur Entlastung über Beschwerden gegen die Fälligung des Getreideleistungszolls aus der Ernte 1922 mochte sich eine Erklärungswahl notwendig. An Stelle des Rittergutsprächers Oberndorfer, der an der Mitteilung behindert ist, wurde Rittergutsprächter Dr. Kunze in Weißtrupp in den Ausschuß gewählt.

Auf Vortrag des Regierungsrats Dr. Falld erwähnte der Bezirksausschuß die Amtshauptmannschaft gründlich die Entscheidung über die Wahl von Mitgliedern der Gemeindewortstellen zu Ehrenamtlichen in der Gemeindewahl des Bezirksausschusses zu genehmigen, soweit sie dem Bürgervorstand, der den Bezirksausschusmitgliedern bereits zugesprochen sei, entspreche. Der Bezirksausschuß genehmigte ordnungsgemäß die Bestimmungen der Gemeinde Hohenstein über die Einführung der Gemeindewahl der Gemeindewahlstätten und einen II. Nachtrag zur Satzung des Gemeindewahlverbandes Weißen-Land.

Die Arbeiter-Samariterkolonne Meißen hatte sich an den Bezirksausschuß mit einem Gesuch um Gewährung einer Beihilfe zur Erneuerung von Ausrüstungsgegenständen ge-wendet. Sie hatte darauf hingewiesen, daß in den letzten Jahren alle Geräte mehr oder minder abgenutzt worden seien, auch dieserlei Geräte fehlten. Die Arbeiter-Samariterkolonne Meißen hat von der Stadt Meißen einen Betrag von 5000 Mark erhalten. Der Referent, Direktor Schäufele, wies darauf hin, daß die Sanitäts- und Samariterkolonnen des Bezirks im Vorjahr je mit 100 M. unterstützt worden seien, daß der Bezirksausschuß aber beschlossen habe, häufig für diese Zwecke höhere Beträge aufzumachen. Die von der Arbeiter-Samariterkolonne Meißen erhobene Klage über Gerätewirtschaft alle Sanitäts- und Samariterkolonnen in gleichem Maße. Das vorliegende Gesuch solle daher zum Anlaß genommen werden, auch den übrigen im Bezirk und in der Stadt Meißen vorhandenen Kolonnen eine Unterstützung zukommen zu lassen. Der Bezirksausschuß erklärte sich damit einverstanden und bestätigte nach dem Vorschlag des Referenten der Sanitätskolonne Meißen und der Arbeiter-Samariterkolonne Meißen, die nach dem Beiträge Mitglieder bzw. Unterabteilungen haben und bei Unglücksfällen im Bezirk zur Verfügung stehen, je 1000 M. und den fünf Sanitätskolonnen Lommatzsch, Rosien, Wilsdruff, Rüdersdorf und Borsdorf/Schönwalde, und den Samariterkolonnen Rosien und Siebenlehn je 500 M., insgesamt also 5500 M. (Schluß folgt)

### Bezirksverband des Einzelhandels in Stadt und Amtshauptmannschaft Meißen.

Preisfragen des Einzelhandels.

Im Hamburger Hof hält am Dienstag nächsten Tag der Bezirksverband des Einzelhandels für die Stadt und Amtshauptmannschaft Meißen seinen 2. Bezirktag ab. Inmitten der häufigen Verhandlungen stand ein Vortrag des Professors Dr. Röder, Sonditus des Einzelhandelsverbandes zu Dresden, der Arbeitsgemeinschaft des gesamten sächsischen Einzelhandels, der die Aufmerksamkeit der Zuhörer in ganz außerordentlicher Weise fesselte. Was umfassender Kenntnis und reicher Erfahrung bedurfte sich der Redner in temperamentvoller Weise über die gegenwärtigen Rüte des

Einzelhandels und ihre Ursache, Wohnungseid und Geldentwertung, sowie über die Preisgestaltung; wahrheitlich wußte er aber auch über die Beurteilungen hinaus den Blick aufs Volksgeschehen zu richten. Der Beruf des Kaufmanns ist heute ein Dornenweg, dessen Schwierigkeiten noch zu überwinden sind. In den Zentralstellen wächst jedoch das Verständnis für den Einzelhandel, wie der Redner sich fröhlich auf einer Konferenz beim Reichswirtschaftsminister Schmidt überzeugen konnte.

Und Ministerpräsident Bud habe tags vorher bei einem Bierabend beklagt, wie ein Kleinbäcker. Der Ernst der Situation bringt das zuwege. Was wir erleben, ist Ausdruck der Außenpolitik. Solange das Geplänkt der Reparationen vor uns steht, wird unsere Lage ungewandt und unsicher bleiben. Österreichisch ist in stillmutter Lage. Es läuft sich zu zugeben, daß es praktisch nichts erreicht. Amerika hat an Europa ein verfluchend gerriges Interesse. Von „Ermessen des Weltgewissens“ erhofft der Redner nichts. Wir müssen eine Hoffnung haben, die uns eastrichtbar, dürfen aber unsere außerordentlich schwierige Lage nicht übersehen. Der Kenntnis der Volkswirtschaft wird zu wenig Wert beigelegt, schon von der Schule aus. Der verbindungsweise aller Schritte war, unserem Papiergeld die Goldbedeutung zu nehmen, eine wirtschaftliche Todsünde, die sich jetzt entsetzt auswirkt. Der Wert des Papiergeldes beruht auf der Dedung durch wirtschaftliche Güter, und die sind bei uns von Tag zu Tag geringer geworden. Die Preisfreiheitserklärung hat im Anfang Gutes gewirkt. Jetzt wird sie aus politischen Gründen nicht geändert, obwohl auch die Behörden einreden, daß sie Unruhen ist. Die Unterbehörden kosten zu sehr am Buchstab. An den drastischen Beispieln vom letzten August, an dem sich der Eisenhändler aufzudrängen kam, und am Mittwoch, das der Eisenhändler allein noch übrig bleibt, wird die Unmöglichkeit gezeigt, den Einlaufspiegel allein der Rallution zu trotzen. Die Preisprüfungsämter — sind dann auch dazu gelangt, einen Durchschnittspreis anzusetzen, der dadurch gebildet wird, daß der Einlaufspiegel und der Preis neuestellter Waren kombiniert wird. Wie ist die Geldentwertung zu berechnen? Es ist jalich, den Inlandspreisen den Dollar zugrunde zu legen. Aber auch die Auswirkung der Geldentwertung in den Gehalten und Lönen gibt nicht den richtigen Maßstab, ebenso wenig die Lebenshaltung. Den teisten Weg bietet ein Rückgriff auf den Goldwert, aber nicht auf den Friedenswert, sondern es ist zu prüfen, wie sich in einem gewissen Zeitraum das Geld entwertet hat, z. B. an den Zeiträumen der Reichsbank für Gold. Im Inlandsmarkt darf nicht Gold in ausländische Geld verlangt werden. Auch ist es unbrauchbar, Bausatzzahlung für die Ware zu verlangen. Ein Drittel bis zwei Drittel unserer gesamten Vermögenssubstanz sind verloren; danach müßte sich unsere Lebenshaltung ändern. Die Löhne der großen Großhändler in Dresden haben sich auf ¼ bis ½ des Friedensstandes vermindert. Der Moment des Zusammenbruchs ist nicht mehr fern. Wir haben keine Zeiteinstellung, sondern eine Geldentwertung. In den Zentralstellen der Regierung, die verbindungsweise mit den Handelsvertretungen zusammenarbeiten, besteht volles Verständnis über diese Fragen, aber es ist außerordentlich schwierig, es in die Massen zu bringen. Nationierung der Ware ist nicht mit erlaubt, sondern eine Geldentwertung. Gegen den Ausländer durch die Ausländer können wir uns nur durch den Bausatzschlag wehren. Dadurch können wir den Inlandspreis etwas niedriger halten. Der Vortragende spricht dann, nachdem er auch den Eisenhändlerverbänden ein kritisches Wort gewidmet, von der Bedeutung des Einzelhandels, der eine ungeheure Funktion ausübt, denn dieser Umfang hat ebenso groß ist, wie der von Industrie und Landwirtschaft zusammen, der das letzte Ende der Produktion und den Anfang des Konsums markiert. Der Einzelhandel reguliert die Wirtschaft. Die Bemühen sollen sich auch als Staatsbürger fühlen, am politischen Leben teilnehmen, damit die Gesetz nicht ohne sie und gegen sie gemacht werden. Aus rein wirtschaftlichen Gründen darf es nicht weitergehen wie bisher. In einer Farbzeit wurden Stoffe von ungeheuren Wert vernichtet, weil man sich weigerte, die technische Nothilfe einzusehen. Der Handelsstand hat sich zu lange abseits gehalten vom politischen Leben. Auch er ist mitverantwortlich für die Zukunft unseres Volkes. Die fünfte Generation wird einmal fragen: Was für ein Vaterland hat du uns hinterlassen? Die Wirtschaft kann nicht mechanisiert werden. Es ist der Geist, der sich den Körper baut. Mit einem poetischen Treugelobnis ans deutsche Vaterland folgt der Vortragende mit kürzlichen Beifall bedankt.

Der Vortragende berichtete, daß der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels-Verbandes zu Dresden, der Arbeitsgemeinschaft des sächsischen Einzelhandels, die Notwendigkeit dieser neu geschaffenen Spartenorganisation begründet.

Die gehäuftlichen Verhandlungen des durch Herrn Hörtwig-Meilen geleiteten Bezirksausschusses begannen mit dem Geschäftsvorbericht, der ein Bild reicher Tätigkeit gibt, aber auch die schwierige Lage des Einzelhandels erkennen läßt. Die sprunghafte Steigerung des Einlaufspiegels verhindert die Wieder-aufstellung der Wäger und führt so den Händler, der in übertriebener Ehrlichkeit seinen Konjunkturgewinn nimmt, unzufrieden mit der Bearmung zu. An Eingängen waren 180, an Ausgängen 142 zu verzeichnen. Es wurden vier größere Güten erfasst (bet.: Sonntagsruhe, Gewerbevereinzelung, Arbeitzeit der Angestellten, Sonntagsverlauf), der Amtshauptmann fünf verschiedene Beurteilungen unterteilt (bet.: Grundstück, Ladengeschäft, Geschäftswesen und Gewerbe, Gewerbe- und Handelskammer gerichtet, die guten Erfolg erzielten). Der von Herrn Benet-Meilen erhaltene Rossmarktweist 1801 Mark Einnahme und 5101 Mark Ausgabe, somit einen Rassetbestand von 12 918 Mark auf, der den Grundstock bildet für eine im Prinzip bereits früher beschlossene Gewerbstelle. Jahres- und Ritterbericht wurden gut gezeichnet. Über die die Fälligung der Getreideleistungszolls aus der Ernte 1922 möglichen Ausdrücke wurden vier verschiedene Vorschläge erörtert. Außerdem wurden vier Eingaben an den Reichstag und die Parteien, sowie an die Gewerbe- und Handelskammer gerichtet, die guten Erfolg erzielten. Der von Herrn Benet-Meilen erhaltete Rossmarktweist 1801 Mark Einnahme und 5101 Mark Ausgabe, somit einen Rassetbestand von 12 918 Mark auf, der den Grundstock bildet für eine im Prinzip bereits früher beschlossene Gewerbstelle. Jahres- und Ritterbericht wurden gut gezeichnet. Über die die Fälligung der Getreideleistungszolls aus der Ernte 1922 möglichen Ausdrücke wurden vier verschiedene Vorschläge erörtert. Außerdem wurden vier Eingaben an den Reichstag und die Parteien, sowie an die Gewerbe- und Handelskammer gerichtet, die guten Erfolg erzielten. Der von Herrn Benet-Meilen erhaltene Rossmarktweist 1801 Mark Einnahme und 5101 Mark Ausgabe, somit einen Rassetbestand von 12 918 Mark auf, der den Grundstock bildet für eine im Prinzip bereits früher beschlossene Gewerbstelle. Jahres- und Ritterbericht wurden gut gezeichnet. Über die die Fälligung der Getreideleistungszolls aus der Ernte 1922 möglichen Ausdrücke wurden vier verschiedene Vorschläge erörtert. Außerdem wurden vier Eingaben an den Reichstag und die Parteien, sowie an die Gewerbe- und Handelskammer gerichtet, die guten Erfolg erzielten. Der von Herrn Benet-Meilen erhaltene Rossmarktweist 1801 Mark Einnahme und 5101 Mark Ausgabe, somit einen Rassetbestand von 12 918 Mark auf, der den Grundstock bildet für eine im Prinzip bereits früher beschlossene Gewerbstelle. Jahres- und Ritterbericht wurden gut gezeichnet. Über die die Fälligung der Getreideleistungszolls aus der Ernte 1922 möglichen Ausdrücke wurden vier verschiedene Vorschläge erörtert. Außerdem wurden vier Eingaben an den Reichstag und die Parteien, sowie an die Gewerbe- und Handelskammer gerichtet, die guten Erfolg erzielten. Der von Herrn Benet-Meilen erhaltene Rossmarktweist 1801 Mark Einnahme und 5101 Mark Ausgabe, somit einen Rassetbestand von 12 918 Mark auf, der den Grundstock bildet für eine im Prinzip bereits früher beschlossene Gewerbstelle. Jahres- und Ritterbericht wurden gut gezeichnet. Über die die Fälligung der Getreideleistungszolls aus der Ernte 1922 möglichen Ausdrücke wurden vier verschiedene Vorschläge erörtert. Außerdem wurden vier Eingaben an den Reichstag und die Parteien, sowie an die Gewerbe- und Handelskammer gerichtet, die guten Erfolg erzielten. Der von Herrn Benet-Meilen erhaltene Rossmarktweist 1801 Mark Einnahme und 5101 Mark Ausgabe, somit einen Rassetbestand von 12 918 Mark auf, der den Grundstock bildet für eine im Prinzip bereits früher beschlossene Gewerbstelle. Jahres- und Ritterbericht wurden gut gezeichnet. Über die die Fälligung der Getreideleistungszolls aus der Ernte 1922 möglichen Ausdrücke wurden vier verschiedene Vorschläge erörtert. Außerdem wurden vier Eingaben an den Reichstag und die Parteien, sowie an die Gewerbe- und Handelskammer gerichtet, die guten Erfolg er

